

„Orange verliert“ - die Ukraine 2009

von Ursula Koch-Laugwitz, FES Regionalbüro Ukraine & Belarus

Die innenpolitische Krise weitet sich aus

Waren die vergangenen Jahre weitgehend nur von struktureller Krise des politischen Systems und persönlichen Konflikten der politischen Eliten geprägt, stellten die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise die Ukraine 2009 vor weitaus größere Herausforderungen. Ein beinhardter Machtkampf zwischen dem Präsidenten, der Ministerpräsidentin und dem Parlament hat nicht nur den Wettstreit um politische Inhalte vollkommen marginalisiert, sondern auch eine wirkungsvolle Bekämpfung der Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise behindert.

Bereits um den Termin für die turnusgemäße Präsidentenwahl gab es eine monatelange Auseinandersetzung, bis das Parlament schließlich im September den 17. Januar 2010 festlegte. Der Wettstreit um die Wählerstimmen begann aber weit vor dem offiziellen Beginn des Wahlkampfes, der lt. Wahlgesetz auf 90 Tage verkürzt wurde.

Die Partei der Regionen blockierte die Parlamentsarbeit ab dem Sommer mit ihren das Staatsbudget sprengenden, populistischen Forderungen nach Anhebung der Mindestlöhne und Sozialleistungen für ca. 480.000 Staatsbeschäftigte und ca. 6,5 Mio. Rentner.

Die Öffentlichkeit zeigt sich von der Dauerkrise erstaunlich unbeeindruckt. Die Gesellschaft, die Wirtschaft und auch die Verwaltungen haben gelernt mit dem politischen Chaos umzugehen. Hinter den altbekannten Akteuren wächst eine neue, hoffnungsvolle Generation heran, deren Entwicklung breitere Unterstützung und Aufmerksamkeit bedarf, damit die Entwicklung der Ukraine sich stabilisiert und substanzielle Fortschritte machen kann.

Angesichts der Marginalisierung des Staates darf allerdings auch nicht übersehen werden, dass bereits erreichte Erfolge bei der Demokratisierung der Ukraine und deren weitere Entwicklung keine Selbstverständlichkeiten sind.

Viele Leere Stühle am Dnjepr - wo sind all die Minister hin?

Seit die Regierungskoalition zwischen den ehemaligen Partnern der *Orangenen Revolution* Ende 2008 von Juschtschenko aufgekündigt wurde, war die dritte *orangene* Koalition von Tymoschenko im Parlament ohne Mehrheit. Von den drei offiziellen Regierungspartnern, *Block Tymoschenko*, *Unsere Ukraine* und *Block Lytwyn*, ist *Unsere Ukraine* in sich so gespalten, dass gemeinsame Politik nicht mehr möglich war. Situative Mehrheiten bestanden immer dann, wenn der Block Tymoschenko gemeinsam mit der Partei der Regionen stimmte.

Die Regierung bestand monatelang nur aus einem Rumpfkabinett. Im Februar ging Finanzminister Wiktor Pinsenyk, weil er die Verantwortung für ein unrealistisches Budget nicht mehr tragen wollte, im März fiel Außenminister Wladimir Ogrysko einem politischen Deal zum Opfer, im Juni wurde Verteidigungsminister Jurij Jechanurow wegen ungeklärter Korruptionsvorwürfe entlassen und schließlich trat noch Iosif Winsky, Minister für Transport und Kommunikation, zurück.

Da Verteidigungs- und Außenminister auf Vorschlag des Präsidenten ernannt werden, standen die Amtsinhaber im Dauerkonflikt zwischen Juschtschenko und Tymoschenko unter besonderem Druck der Ministerpräsidentin.

Im Oktober einigte man sich endlich auf einen Gefolgsmann Juschtschenkos, den Vorsitzenden des Zentralbankrates, Petro Poroschenko, als neuen Außenminister. Er gehörte zu den ersten Oligarchen, die die *Orange*

Revolution unterstützten und kontrolliert heute wichtige Unternehmen und Medien. Tymoschenko benötigt für eine erfolgreiche Stichwahl ums Präsidentenamt dringend den Zugang zu Poroschenkos Medien, worin ein tieferer Grund für ihre Zustimmung zu seiner Nominierung liegen dürfte.

Spekulationen über eine neue Koalition des Blocks Tymoschenko mit der Partei der Regionen wurden im Sommer genauso schnell wieder beendet, wie sie öffentlich geworden waren. Diese Spekulationen waren mit Überlegungen zur Änderung der Verfassung und dem Übergang zur parlamentarischen Demokratie eng verbunden. Eine stabile Mehrheit war dadurch bis zu den nächsten Wahlen endgültig unwahrscheinlich und wichtige strukturelle Reformvorhaben blieben im Rückstau der politischen Dauerblockade hängen. Eine allgemein erwartete vorgezogene Parlamentswahl im Frühjahr 2010 lässt leider erwarten, dass sich dieser Zustand noch weiter fortsetzt.

Werte und Visionen, Pluralismus und Parteienentwicklung

Der Erfolg des *orangenen* Lagers beruhte 2004 zu großen Teilen auf der Hoffnung der Bevölkerung, dass die neuen Repräsentanten der endemischen Korruption energisch den Kampf ansagen würden. Stattdessen hat sich die Korruption noch tiefer in alle Strukturen und Institutionen gefressen und auch das „gute Beispiel“ an der Spitze blieb aus. Das Versagen bei der Korruptionsbekämpfung ist für den Vertrauens- und Ansehensverlust der Politiker ein entscheidender Faktor. Ein aktives Interesse am „Staat“ wird seitens der Öffentlichkeit nur noch denjenigen unterstellt, die den Staat zur persönlichen Bereicherung ausnutzen wollen oder denjenigen, denen der Staat als Instrument ihrer persönlichen Werte dienen soll. Die Vertrauenskrise erfasst heute aber bereits den Staat als Ganzes und gefährdet so Erreichtes.

Die Erneuerung der politischen Parteien ist nicht vorangekommen. Von marginalen Versuchen abgesehen, hat keine Partei sich mit ihrer Programmatik beschäftigt oder die Demokratisierung innerer Strukturen vorangetrieben. Einflussreiche Parteiämter gelten als Sprungbrett für Regierungsfunktionen, zurück bleiben Parteien ohne Orientierung und Führung und innerparteiliche Konflikte führen meist zur Gründung einer Konkurrenzorganisation. Im linken Parteienspektrum sind auf diese Weise diverse bedeutungslose Parteien entstanden.

Die politische Linke bleibt in sich tief gespalten und politisch bedeutungslos.

Der Zerfallsprozess von *Unsere Ukraine* hat erkennbar begonnen und der *Partei der Regionen* dürfte im Fall einer Niederlage ihres Kandidaten bei der Präsidentenwahl ebenfalls eine Spaltung bevorstehen.

Da es Wertegebundenheit in der Politik nicht gibt, fällt auch im Parlament der Wechsel von Abgeordneten zwischen Oppositions- und Regierungslager nicht schwer.

Meinungsumfragen sagen schon bei vorgezogenen Parlamentswahlen rechten Parteien den Einzug ins Parlament voraus. Bei Regionalwahlen in Ternopil hat die rechte „Swoboda“-Partei bereits Erfolge erzielt. Latent vorhandene Fremdenfeindlichkeit wird durch die Auswirkungen der Wirtschaftskrise noch gefördert. Der Staat steht diesen Entwicklungen hilflos gegenüber und die Zivilgesellschaft ist noch zu schwach.

Die junge Demokratie in der Ukraine überlebte 2009 ohne demokratische Eliten *und* ohne Konsens der regierenden Eliten über die demokratischen Spielregeln. Anzeichen für eine spürbare Verbesserung der innenpolitischen Situation sind leider nicht vorhanden.

Probleme in Inneren – internationaler Vertrauensverlust

Die ukrainische Außenpolitik war vom politischen Machtkampf nicht ausgenommen, so dass die Ukraine international als inkonsistenter Partner wahrgenommen wird. An erster Stelle steht hier die Unfähigkeit zur Gestaltung der bilateralen Beziehungen zur Russischen Föderation. In der Ukraine ist ein gesellschaftspolitischer Dialog darüber dringend notwendig, auch um innenpolitische Gräben zu überwinden und ein neues Kapitel der nachbarschaftlichen Beziehungen aufzuschlagen zu können.

An zahlreichen Beispielen, deren prominenteste der Gaskonflikt und die Gasverträge, wurde deutlich, dass relevante Akteure auf beiden Seiten kein Interesse an Verlässlichkeit und Transparenz haben.

Im Jahresverlauf trat eine klare Verschlechterung der russisch-ukrainischen Beziehungen ein und es wurde sogar die Entsendung eines neuen russischen Botschafters ausgesetzt. Seit dem bewaffneten Konflikt zwischen Georgien und Russland sieht ein Teil der ukrainischen Eliten eine unmittelbare Bedrohung der Sicherheitslage und der Integrität des Landes, ein anderer Teil spielt mit diesem Bedrohungs-

szenario zugunsten von eigenen politischen Interessen.

Ein offener Brief des russischen Präsidenten, der seinem ukrainischen Kollegen die Schuld am miserablen Zustand der bilateralen Beziehungen gab, wurde in der Ukraine sofort als Versuch der russischen Einmischung in die Präsidentschaftswahlen gewertet. Insgesamt ist aber eine offene Parteinahme zugunsten der oft als pro-russisch qualifizierten Partei der Regionen, wie im Jahr 2004, unterblieben. Die beiden Ministerpräsidenten pflegen öffentlich einen pragmatischen Ton, so dass Tymoschenko sich als erfolgreiche Vermittlerin darstellen konnte.

Die in Folge des andauernden, klein karierten Machtkampfs ohnehin instabile Außenwahrnehmung der Ukraine bei vielen europäischen Partnern wurde von Russland geschickt verstärkt.

EU, östliche Partnerschaft, NATO Ist das Ende der ukrainischen Euphorie der Beginn von Realpolitik?

Hoffnungen auf eine mittelfristige EU- und NATO-Perspektive haben auch deren heftigste Verfechter am Dnjepr 2009 nicht mehr. Im Wahlkampf spielte das Europathema keine Rolle, pro-europäische Rhetorik überwog die Taten.

In der Ukraine herrscht tiefe Enttäuschung über die EU, in der EU Ernüchterung über den stockenden Fortschritt in der Ukraine. Dies spiegelte sich im Dezember deutlich im Verlauf und den – fehlenden - Ergebnissen des Ukraine-EU-Gipfeltreffens in Kiew wider.

Die Vertreter der EU forderten von der Ukraine, auf den Weg der Stabilisierung zurückzukehren und dringend notwendige Reformen im Inneren endlich in Angriff zu nehmen.

In der Bevölkerung ist die Zustimmung für die europäische Perspektive der Ukraine abgekühlt, aber nach wie vor hoch, besonders bei der jungen Generation, die mit Europa unmittelbar die Verbesserung ihrer Bildungs- und Berufschancen verbindet. Die Ablehnung der NATO ist dagegen stabil.

Ob die Ukraine Subjekt oder Objekt in der EU-Frage sein will, ist in den politischen Eliten nicht geklärt. Setzen die einen auf die disziplinierende, normierende Wirkung der EU, um innenpolitische Prozesse in ihrem Sinne zu gestalten, vernachlässigen sie damit gleichzeitig den inneren Dialog und das aktive Bemühen um den gesellschaftlichen Konsens.

Andere treten für die EU-Perspektive einzig aus wirtschaftlichen Interessen ein und blenden die Normen und Werte des politischen und sozialen Europas völlig aus. Solange die instrumentelle Dimension in der EU-Frage dominiert, wird jede Annäherung an Europa schwierig bleiben.

Die EU und wichtige Mitgliedsstaaten haben andererseits mit der langen Tradition der „*Russia-first-Politik*“ viele Chancen in der Ukraine nicht genutzt. Es bleibt zu hoffen, dass es aus Europa mehr Interesse an der Ukraine an sich gibt und die Ukraine nicht primär aus dem Blickwinkel von europäisch-russischen Beziehungen und Interessen gesehen und behandelt wird.

Da die neue östliche Partnerschaft keine reale Beitrittsperspektive bietet, ist hier davon auszugehen, dass wegen der innenpolitischen Turbulenzen, abnehmender Reformdynamik und schwacher wirtschaftlicher Integration für die Ukraine nur langfristig positive Resultate erreicht werden können. Der Faktor der Zivilgesellschaft erhält deshalb wachsende Bedeutung, um Themen wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, ökonomische Integration und Energiesicherheit zu bearbeiten.

Potentiale einer NATO-Perspektive der Ukraine, die theoretisch neben regionaler und internationaler Sicherheit auch perspektivisch für Reformen in Richtung Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft nutzbar gemacht werden könnten, stehen nach der negativen Entscheidung auf dem NATO-Gipfel auch wegen der wachsenden Skepsis im Land mittelfristig nicht zur Verfügung.

Europa im Dunkeln – Energiesicherheit mit der Ukraine?

Der Gaskonflikt am Jahresanfang 2009 hatte eine lange Vorgeschichte. Die Ukraine hat ihren Status als Transitland sehr oft missbraucht, um illegal Gas abzuzweigen und als Reaktion drehte Russland am Gashahn und erhöhte den Druck auf die Ukraine. Die russischen Preise für die Ukraine wurden dem Marktniveau folgend angehoben und Russland drängte auf Lösung des dunklen Geflechts von Verrechnungen und Kopplungsgeschäften.

Beide, Russland und die Ukraine, haben durch den Gasstreit außenpolitische Ansehensverluste erlitten und die tief greifenden strukturellen Probleme ihres bilateralen Verhältnisses offen gelegt. Noch mehr muss zu denken geben, dass dieser Konflikt in der Ukraine als prägnantes Beispiel dafür steht, wie sehr ökonomische Privatinteressen und

politisches Kalkül in den politischen Eliten dominieren. In der Ukraine werden im Energiegeschäft, trotz Wirtschaftskrise und Einbruch der Industrie nach wie vor riesige Gewinne realisiert – zu Lasten des Staatsbudgets.

Neben Deutschland ist die Ukraine selbst einer der größten Kunden von Gazprom. Somit hat der Konzern sowohl ein hohes Interesse an der Erzielung von Marktpreisen in der Ukraine, als auch an der Beherrschung der Transitwege durch die Ukraine.

In der Ukraine selbst gibt es nur geringe Anzeichen, die beiden großen Probleme; Energieeffizienz der Industrie und Energieverbrauch der Bevölkerung, ernsthaft zu bearbeiten.

Planungen zur Umgehung des unsicheren ukrainischen Hoheitsgebiets für den Gastransit nach Europa werden sich, wenn überhaupt, nur langfristig realisieren. Bis dahin wird angesichts der innenpolitischen Blockaden in der Ukraine und der Profitgier ihrer Eliten die *europäische Energiesicherheit* vage bleiben, denn die Möglichkeiten auf die heillos zerstrittenen Partner erfolgreich einzuwirken sind, wie der Verlauf des Jahres 2009 gezeigt hat, gering.

Wo bleiben die Herausforderer?

Zivilgesellschaft noch schwach, Medien unter politischem Einfluss

Die ukrainische Zivilgesellschaft ist noch jung, schwach und extrem abhängig von ausländischer Finanzierung, was wiederum ihre Glaubwürdigkeit in Teilen der Gesellschaft untergräbt. Heute gelingt es ihr deshalb eher zufällig, die Wächterrolle der Kontrolle staatlicher Macht und den Schutz der privaten vor der staatlichen Sphäre einzunehmen. Das Entstehen eines aktiven Netzwerkes von NGOs, das diese Aufgaben unabhängig und erfolgreich, lokal wie national wahrnehmen könnte, ist noch nicht erreicht. Damit entfällt (noch) die Funktion der Rekrutierung demokratischer Nachwuchseliten aus der Zivilgesellschaft.

Freiwilliges, ehrenamtliches Engagement hat keine Tradition und die nach der *Orangenen Revolution* plötzlich verfügbaren überreichlichen Förderprogramme, die mittlerweile ausgelaufen sind und junge Strukturen zum Einsturz brachten, haben das Verständnis von nachhaltigem Engagement wenig gefördert. Auf lokaler Ebene gibt es erste Ansätze für die positive Aggregation und Artikulation gesellschaftlicher Interessen gegenüber dem Staat. Diese Akteure zu stärken bleibt eine wichtige Aufgabe.

Die Medien sind noch nicht in der Lage, ihre Rolle als „Vierte Macht“ im Staat auszufüllen. Neben der politischen Dominanz einiger Oligarchen über Senderfamilien, z.B. Achmetow – „Ukraina“, Firtasch – „Inter“, Poroschenko – „5-kanal“ und Pinshuk – „ICTV“ ist hier auch das geringe Ausbildungsniveau vieler Journalisten zu nennen. Das journalistische Selbstverständnis, eine Verantwortung für sachliche Information und demokratische Meinungsbildung zu haben, ist noch bei zu wenigen vorhanden. Dem gegenüber steht eine erschreckend geringe Medienkompetenz der Konsumenten.

Der leise Wandel der Oligarchen – wer kommt nach Juschtschenko?

Die *orangene Koalition* war mit dem Anspruch, die Macht und das System der Oligarchen zu brechen, angetreten. Am Ende der Amtsperiode des *orangenen* Präsidenten steht eine erbitterte Feindschaft mit seiner einstigen Weggefährtin und beider Wandel im Umgang mit den Oligarchen. Beide haben in ihrem Umfeld *neuen* Oligarchen zu Macht und Reichtum verholfen. Seit alle Meinungsumfragen Juschtschenkos baldiges Versinken in der politischen Bedeutungslosigkeit voraussagten, galten den Oligarchen Beziehungen zu Tymoschenko als rentable Investition in die eigene Zukunft und dienen der langfristigen Absicherung guter Geschäfte. Auch die Ministerpräsidentin ordnete ihre Kontakte zu den *alten* Oligarchen, die früher nur der Partei der Regionen verbunden waren, mit eigenen Ambitionen neu.

Wer auch immer letztlich Präsident(in) wird, der politische Machtkampf wird weiter gehen und mit vorgezogenen Parlamentswahlen, parallel zu den Lokalwahlen im Mai, wird allgemein gerechnet.

Das ukrainische Wirtschaftswunder – der Lack ist ab

Nach Island wurde die Ukraine in Europa am stärksten von der Finanz- und Wirtschaftskrise getroffen. Die spezifisch oligarchische Verflechtung zwischen Staat, Politik und Wirtschaftssystem, eine einseitig ausgerichtete, veraltete Industriestruktur, fehlende Diversifizierung der Handelsbeziehungen führten in der ersten Jahreshälfte 2009 zu einem Einbruch der Wirtschaft. Die Landeswährung geriet unter starken Abwertungsdruck und der Bankensektor taumelte. Die Industrieproduktion ging um 25 % zurück, auf das Jahr bezogen wird ein Rückgang des BIP von 15 % erwartet.

Hohe Wachstumsraten hatten verschleiert, dass notwendige Wirtschaftsreformen im permanenten politischen Machtkampf stecken blieben. Und nicht nur Ministerpräsidentin Tymoschenko hat ihr Interesse an einer erfolgreichen Präsidentschaftskandidatur über verantwortungsvolle Regierungsführung gestellt.

Das Bankensystem ist hochgradig fragil. Ein Kreditboom bei Konsumenten- und Hypothekenkrediten erhöhte die Risikofaktoren, denn die Refinanzierung des Kreditbooms erfolgte wesentlich mit Hilfe ausländischer Mittel, so dass die externe Verschuldung des Bankensektors stark anstieg. 2009 wurden zehn Banken liquidiert, 15 weitere Banken unter Staatsverwaltung gestellt. Die Rekapitalisierung der inländischen systemischen Banken ist für den Staat eine Herausforderung. Experten schätzen, dass die Banken noch auf einem sehr hohen Sockel an faulen Krediten, die von den Schuldnern nicht mehr bedient werden, sitzen. Und da die Nationalbank formal unter der Aufsicht des Präsidenten steht, wurde sie wegen des politischen Dauerkonflikts auch immer wieder aus durchsichtigen Motiven in Konflikte hineingezogen.

Im Gegensatz zu den Banken hatte die Ukraine eine relativ geringe Staatsverschuldung im Ausland, die bis Jahresende vermutlich kräftig auf ca. 200 Mrd. Hrywna, (16,6 Mrd. €) ansteigt. Zum Vergleich: das geplante Staatsbudget sah 2009 Ausgaben von ca. 270 Mrd. Hrywna (22,5 Mrd. €) vor. Die Inflation konnte 2009 trotz des dramatischen Wirtschaftseinbruchs im mittleren Niveau gehalten werden. Im Oktober 2009 wurde ein kumulierter Jahreswert von 10,1 Prozent erwartet.

Betroffen von der Wirtschaftskrise waren auch die Arbeitnehmer, Löhne wurden verspätet oder gar nicht gezahlt. Durch den Einbruch des Wechselkurses der Hrywna sank die Kaufkraft stark. Die offiziellen Arbeitslosenzahlen sagen wenig über die Realität aus. Da die meisten Arbeitslosen nur sehr geringe Leistungen oder gar keine Leistungen erhalten würden, lassen sie sich nicht registrieren.

Einzig die Schattenwirtschaft vermeldete 2009 Wachstum.

Der IWF - Retter in der Not?

Im November 2008 bewilligte der Internationale Währungsfonds ein zweijähriges Stand-by Kreditprogramm mit einem Volumen von 16,4 Mrd. USD. Kiew erhielt in drei Tranchen seit November 2008 10,4 Mrd. USD. Die IWF-Hilfen für die Ukraine sind mit strengen Auflagen verbunden. So sollte u.a. das Staatsdefizit 2009

sechs Prozent und 2010 vier Prozent des BIP nicht übersteigen, die Verbrauchstarife für Wärmeenergie sollten im Herbst um 20 % angehoben werden. Die Regierung versprach dem IWF eine Steuer- und Rentenreform sowie Begrenzung der Sozialtransfers, d.h. Mindestlöhne und Renten nicht zu erhöhen.

Auch beim IWF ging man von Anfang an davon aus, dass die ukrainischen Partner diese Vereinbarungen, wenn überhaupt, nur langfristig in Angriff nehmen und vor den Präsidentschaftswahlen kaum unpopuläre Entscheidungen getroffen würden. Die Partei der Regionen nutze die IWF-Vereinbarung als Steilvorlage für ihren Wahlkampf und stellte Forderungen nach Erhöhung der Renten und Mindestlöhne. Bis November gaben sowohl Präsident wie Parlamentsmehrheit dem Druck nach und stimmten einem entsprechenden Gesetz zu, dessen Umsetzung den Staatshaushalt 2009 mit acht Mrd. Hrywna (600 Mio. €) und 2010 mit 70 Mrd. Hrywna (5,8 Mrd. €) belastet.

Der IWF setzte deshalb die nächste Tranche des Kredits, 3,8 Mrd. USD, bis nach den Wahlen aus. Die plötzlich fehlende Summe entspricht mehr als zehn Prozent des Staatsbudgets und Regierungsvertreter versuchten sowohl den IWF umzustimmen, als auch an anderer Stelle um Kredite zu bitten.

Anfang 2010 stehen dem Staat Zahlungsschwierigkeiten, u.a. bei der monatlichen Gasrechnung aus Russland und den Gehaltszahlungen bevor, denn 2 Mrd. USD zusätzliche Sonderziehungsrechte vom IWF wurden schon im Winter 2009 mobilisiert und weitere Reserven bestehen nicht.

Für die Annahme der Liquiditätshilfen vom IWF gab es einen breiten gesellschaftlichen Konsens, die Mehrheit der Ukrainer ist sich aber der Konditionalität der Hilfen nicht bewusst. Zum Jahresende mehrten sich trotz der Verschiebung der Tranche Zeichen, dass der IWF, wie auch die Weltbank ihre Arbeit in der Ukraine transparenter machen wollen und z.B. den Gewerkschaften Dialogbereitschaft anboten.

Fazit

Die Probleme der Ukraine sind im Jahr 2009 in jeder Hinsicht gewachsen.

Um die anhaltende strukturelle innenpolitische Krise der Ukraine zu beenden und auf die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise angemessen zu reagieren, bedarf es 2010 sowohl innerhalb der politischen Eliten als auch in den gesellschaftlichen Organisationen einer

Konzentration auf Sachfragen und Dialog. geopolitische Herausforderung, die es im Ansonsten wird sich die Talfahrt der Ukraine eigenen Interesse zu vermeiden gilt. beschleunigen und ihre europäische Integration in weite Ferne rücken.

Kiew, 30.12.2009

Aber auch für den Westen wäre das Scheitern der Demokratisierung in der Ukraine eine